

Euro-Krise und Euro-Rettung

0. Die Krise geht weiter – mit immer verheerenderen Folgen für die Leute

Nicht so sehr in Deutschland – da hatte man das staatlich ins Werk gesetzte Verarmungsprogramm vorher und ist heute stolz darauf.

In Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und auch zum Teil in Großbritannien, den USA usw.: Da heißt es Renten runter, Löhne runter – im öffentlichen Sektor und überhaupt; Steuern radikal hoch; Bildungs-/Gesundheitswesen austrocknen; Arbeitslosigkeit auf Höchstniveau – keine Chancen, keine Zukunft mehr.

Dagegen regt sich Protest und Widerstand von unten: Demos überall - „Die Empörten“, „Occupy Wall Street“, ...

Wogegen/wofür geht man auf die Straße?

- Gegen die Gier der Banker, die alles kaputt machen.
- Gegen die Politiker, die die Krise endlich überwinden sollen und es nicht tun, sondern immer auf die Banken Rücksicht nehmen: Sie bringen den Laden nicht wieder in Ordnung.
- Und dann entgleist das Demo-Thema: Man tritt ein für alles, was man schätzt und gefährdet sieht durch die – der Gier geschuldeten – Krise, die die gewohnten Lebensverhältnisse zerrüttet: Man demonstriert für
 - sozialstaatlich und arbeitsrechtlich geregelte Lohnverhältnisse
 - Krankenversicherung
 - Tierrechte
 - gesundes Essen
 - Pressefreiheit
 - kostenloses Studium
 - bezahlbare Hypotheken
 - Datenschutz
 - die Gleichstellung der Geschlechter
 - die Freiheit der sexuellen Orientierung
 - ...

>> Alles in allem treten die Demonstranten ein für den ganzen Kapitalismus minus seiner (mehr oder weniger) krisenbedingten Katastrophen

Auf eine Formel gebracht: They place profit over people. Nur, möchte man dagegen rückfragen, in welchem Verhältnis zu den Leuten sollte denn der Profit stehen?

Diese Klage geht von dem Befund aus, dass das erlebte und registrierte Elend daran liegt, dass das Interesse der Reichen, der Profit, ein Übergewicht in der Gesellschaft bekommen hat, anstatt dass es – wie jedes Interesse auch – beschränkt und dadurch auf seinen berechtigten Platz in der Gesellschaft verwiesen werden würde.

>> All diese Klagen zeugen von einem Bewusstsein existenzieller Bedrohung: Alles geht den Bach runter, alles läuft – irgendwie – schief; gepaart also mit der Unfähigkeit zu sagen, was im Einzelnen schief läuft und was deswegen wie korrigiert werden müsste.

Deswegen enden ihre Protestbekundungen auch mit dem Aufruf: Lasst uns und zusammensetzen und nach Lösungen suchen!

Jedoch: Um zu „Lösungen zu kommen“, muss man erst einmal kapieren, was man da vor sich hat und wovon man mit seinem bescheidenen Wunsch nach einem berechenbarem Einkommen, einer sicheren Rente etc. abhängt – was also auch der Erfüllung dieser Wünsche entgegensteht.

I. Was sich aus dem Krisenverlauf der letzten Jahre für Auskünfte über Funktionsweise und Zweck unserer Marktwirtschaft ergeben

1. Finanzcrash 2007/08

Was zeigt sich daran, dass sich Finanzwerte manchmal in Luft auflösen, Märkte zusammenbrechen, Milliarden verschwinden und sich als „Blasen“ erweisen?

- Das Kapital, das auf Finanzmärkten gehandelt und in das investiert wird, besteht in nichts als Ertragserwartungen, Profitversprechen: Schulden, die ein Recht auf Zins verbrieft: Wenn der Ertrag vom Schuldner nicht geliefert werden kann und wenn die Investoren am Markt auch nicht daran glauben, dass er in Zukunft liefern kann, dann ist das ganze Kapital entwertet, weg. Nicht wie bei einer Fabrik: Kapital da, aber keine Rendite; sondern wenn keine Rendite – dann auch keine Stammsumme: Sie war bloß ein Rechtstitel auf Rendite.
- Da ist der reale Kapitalismus Grundlage – selbstverständlich unterstellt und hinter sich gelassen: Wenn man Geld hat und zur Verfügung stellt, investiert – dann hat man ein Recht, dass es mehr wird – als ob es von selbst mehr werden könnte: Das Gelingen der Ausbeutung unterstellt, als Sachgesetz des Geldes gehandelt: Weggegebenes Geld ist Kapital.
- Selbstvermehrung des Finanzkapitals: Jeder Schuldtitel, den einer besitzt, ist Quelle von neuem Kredit, den man dann wieder investiert. Rückabwicklung: Am Schluss erweist sich: Die Banken besitzen gar nichts anderes als Schulden anderer Finanzakteure.

2. Bankenrettung

Staaten bekennen sich dazu, dass diese Sorte Geschäft nicht verrückter Überbau, sondern Existenzbedingung ihres nationalen Kapitalismus ist.

>> Systemische Bedeutung: Tatsächlich hängt alles vom Gelingen der verrückten finanzkapitalistischen Bereicherung ab: Es handelt sich nicht bloß um private Gier, sondern um eine System-Notwendigkeit.

Was kann die politische Macht, wenn sich die spekulativen Kapitalwerte nicht mehr rentieren und deswegen kollabieren?

>> Milliarden aus dem Nichts schöpfen und zur Verfügung stellen.

Sie kann Banken zahlungsfähig und damit ihre – eigentlich schon entwerteten – Geschäftsmittel/Vermögen in Kurs halten.

Der Staat bekennt dabei:

- Erfolg der Bereicherung des Geldkapitals – die Gleichung $\text{Schulden} = \text{Geld}$, was aus sich selbst immer schon mehr Geld gebiert, ist nicht nur sein Interesse,
- sondern Funktionsbedingung seines Wirtschaftssystems
- und sein Werk: Er lizenziert die Banken, versorgt sie im normalen Geschäftsgang mit Liquidität – garantiert ihnen also die Gleichung ihrer Schuldtitel mit Geld – und rettet sie im Notfall: Alles eine Tat der politischen Macht – also auch nur Setzung des Gewaltmonopols.

3. Nach ein paar Jahren kommt die überwundene Bankenkrise als Staatsschuldenkrise zurück.

Daran zeigt sich, was die politische Macht ökonomisch in der Krise vermag – und was nicht!

Aufgeflogene private Schulden durch noch mehr neue Staatsschulden in Kurs halten/den Kollaps ersparen:

- Das verhindert den Zusammenbruch – macht die Forderungen, die sich nicht als Kapital bewähren, aber nicht lohnend. Die Rettung ändert nichts am Misstrauen der Investoren in ihre Vermögen = in die Schulden ihrer Partner; sie erlaubt ihnen ja nur, dieses Misstrauen zu ignorieren.
- Die Rettung vermehrt die Anspruchstitel – aber nicht die Quellen, auf deren Erträge mit ihnen spekuliert wird, und verlagert das Misstrauen der Märkte – und das ist die

Überakkumulation von Finanzkapital – auf ein neues Subjekt: die politische Macht.

>> Jetzt misstraut das Finanzkapital der Kreditwürdigkeit seiner Retter – und entzieht den Schulden der Staaten (verschiedenen in verschiedenem Maß) sein Vertrauen und treibt sie dadurch in den Staatsbankrott.

Was zeigt das?

- Dass tatsächlich die ökonomische Macht von Staaten, ihre Finanzkraft, mit der sie alles – vom Krieg über Wirtschaftsförderung bis hin zu den Renten und Unis – finanzieren können, was sie für nötig halten, und über die sie ihre Gesellschaft mit Geld regieren können, ihnen vom Finanzkapital gewährt wird: Sein Vertrauen in Staatsschulden macht Staaten potent; seine umgekehrte Bewertung macht sie ohnmächtig.
- Was bewerten die Finanzkapitalisten da eigentlich? Die Glaubwürdigkeit der Schuldenbedienung = den Kapitalcharakter der Schulden.
- Wann kann der Staat seine Schulden dauerhaft verzinsen? Wenn seine Ausgaben, die er mit dem aufgenommenen Geld tätigt und die keine Kapitalinvestitionen sind, insgesamt wirken, als ob sie Kapital wären. Insofern ist der Preis seiner Verschuldungsfreiheit die Notwendigkeit, sein *Land als Profitmaschine* herzurichten, die Jahr für Jahr wachsende Steuereinkünfte abwirft: Das ganze Leben des Landes, aller Verbrauch eingeschlossen, muss funktionieren als ob es ein kapitalistischer Betrieb wäre.
- Wie zuverlässig und dauerhaft das gelingt, das ist das Kriterium für die Solidität der Staatsschuld.

4. Interessantes Ergebnis, das einen Begriff der jetzigen Systemkrise ergibt.

- Der Staat sorgt für und rettet zur Not die Stabilität und Kreditwürdigkeit des Finanzkapitals.

- Das Finanzkapital stiftet mit seiner Bereitschaft, Staatsschulden zu kaufen, die Finanzmacht und Kreditwürdigkeit des Staates.

>> Die Symbiose, die in normalen Zeiten die Finanzmacht, Investitions- und Wachstumskraft beider Seiten wechselseitig hervorbringt, diese Symbiose ist fundamental in Frage gestellt.

So stehen mit dem Zweifel in die Zuverlässigkeit der Staatsschulden schon wieder die nächsten Bankenpleiten an – und als Retter kommen nur die Staaten in Frage, deren Kreditwürdigkeit gerade angezweifelt wird.

II. Euro-Rettung – eine internationale Konkurrenz- und Beherrschungsfrage

1. Wahrnehmung der Systemkrise in der EU als Konkurrenzfrage

Griechenland hat schlechte Schulden, keinen Kredit mehr; wir nicht. Die Griechen müssen das bewältigen.

>> Die Wahrheit ist das nicht.

Es gibt inzwischen ein Euro-Kreditsystem: Schlechte griechische Schulden sind schlechter europäischer Kredit, ihre Entwertung seine Entwertung. Gemerkt wird es daran:

- Griechischer Bankrott ruiniert das europäische Bankensystem, die Banken sind also Euro-isiert. Und: Ihre Geschäfte sind so schlecht, dass sie Ausfälle nicht verkraften.

- Sorge vor „Ansteckung“, d.h. der Nationalkredit vieler Partner taugt nichts!

- Die Staaten, die noch Kredit haben, müssen leider die Pleite-Griechen retten, nicht für die, sondern für uns. Das ist auch ein Bekenntnis dazu, dass ihr Kredit, ihr Euro, die Reichweite und das Anwendungsgebiet ihrer Geldmacht gefährdet ist.

>> Gefährdet ist also die Weltgeld-Macht der Staaten, die als Retter auftreten.

2. Das Retten als Konkurrenzfrage

Kaum geht es ans Retten – nach dem widersprüchlichen Muster der Bankenrettung: anders als mit noch mehr neuen Schulden geht es gar nicht – tut man das mit begrenztem

Einsatz.

>> Es ist doch der gemeinsame Kredit der Euros, den sie zu verteidigen haben. Und das wollen sie auch. Aber sie denken nicht daran, ihre Kreditwürdigkeit wirklich zu teilen: gemeinsamen Haushalt und Schulden; Euro-Bonds etc.

- Unbedingte Bindung des eigenen Nationalkredits ans Schicksal des Kredits der Partner kommt für sie nicht in Frage.

- Euro-Kredit retten und dabei den Unterschied der z.B. deutschen und griechischen Kreditwürdigkeit erhalten, sich bestätigen lassen und ausbauen.

>> Europa = Konkurrenz von Nationalstaaten, die sich auf gemeinsame Institutionen nur einlassen, um besser an ihren Partnern zu verdienen.

3. Die Rettung strapaziert die Kreditwürdigkeit der Retter

Die Rettungsmaßnahmen sind zugleich der nächste Grund, der erst recht die gemeinsame Betroffenheit von der Beschädigung des gemeinsamen Euro-Kredits deutlich macht:

- Kann man sich die Rettung der Partner = der Euro-Zone = des großen Weltgeldes überhaupt leisten?

- Ohne Rettung Griechenlands, ohne Stoppen der Kettenreaktion des Zusammenbruchs ist die Finanzmacht/ der Nationalkredit der europäischen Hauptmächte kaputt.

- Und mit ihr womöglich auch!

>> So – vorgestellt an der Kettenreaktion: Schuldenschnitt Griechenlands, Notwendigkeit der Rekapitalisierung europäischer Banken, Herabstufung der Kreditwürdigkeit Frankreichs, schwindende Potenz der EFSF, Infrage-Stellung des AAA-Ratings Deutschlands – wird den Regierungen bei all ihrem Konkurrieren um Lokalisierung der Schäden in Griechenland etc. und bei der Bewahrung der eigenen Kreditwürdigkeit langsam auch der allgemeine und Systemcharakter der Krise bewusst.

4. Die Krise als imperialistische Gelegenheit für Deutschland

All das hindert vor allem Deutschland nicht, die Krise als Chance zu einem deutsch dominierten Umbau der EU zu nutzen:

Hilfe gibt es nur im Tausch gegen Haushaltssouveränität der Partner.

>> Ungeheure Erpressung zum ruinösen Sparen.

>> Demo, dass man ganze Nationen auch zu ihrem offenen Schaden zum Dienst an der Schuldenbedienung = am Finanzkapital zwingen kann.

>> Der aufgemachte Zwang zur Einschränkung der Staatstätigkeit ist rücksichtslos dagegen, dass die radikale Verarmung des Volkes nicht als Reichtumsquelle fungiert und die Schuldenbedienungsfähigkeit etwa Griechenlands fördert, sondern die Rezession „vertieft“, gerade weil das im Verhältnis zur Demo an die Gläubiger nicht so wichtig ist.

>> Dieses Regime über die nationalen Haushalte wird zur Zeit am Beispiel der Notfälle vorexerziert, mit dem erklärten Ziel, es allgemein verbindlich zu machen.

>> Der Inhalt dieses Regimes ist, den Vorrang der Ansprüche des Geldes = des Finanzkapitals vor der politischen Hoheit der Mitgliedsländer und deren Unterordnung unter dieses Primat institutionell festzuklopfen.

5. All das bestimmt den Krisenverlauf in Europa

Das gegeneinander von notwendigen Garantien, ihrer Begrenzung aus Konkurrenz- und Vorsichtsgründen und von ihrer Verweigerung zur Erpressung weiteren Souveränitätsverzichts der hilfsbedürftigen Länder treibt die Krise voran:

- Das fragwürdige Mittel – immer mehr Schulden zur Aufrechterhaltung schlechter Schulden – bräuchte riesige Summen schnell mobilisiert. Die Zögerlichkeit setzt Zweifel in den Willen und die Fähigkeit zur Rettung des europäischen Kredits.

- Die Verweigerung erst recht.

III. Rückblick auf den Protest

1. Profit over people

Von wegen Überbetonung:

- Den Profit kann man gar nicht mehr oder weniger betonen. Er ist kein bloßes Privatinteresse, das man mehr oder weniger gestatten kann: Er ist das Grundgesetz unserer Wirtschaftsweise, dessen Macht der Staat durchsetzt und dem er sich selbst unterstellt.
- Dieses Prinzip bringt dann eben seine Konsequenzen hervor bis hin zu dieser Krise und der Selbstzerstörung der auf die Zukunft gerichteten Verwertungsansprüche, wenn die nicht mehr aussichtsreich erscheinen.

2. Zurück zur Normalität

Wenn die Demonstranten ihren Protest gegen die Krisenfolgen immer mit dem Kontrast und der Liebe zur kapitalistischen Normalität begründen und sich danach zurücksehen, dann ist ihnen zu sagen:

- So leicht geht das nicht: Die Regierungen bemühen sich um nichts anderes – die Rückkehr liegt aber nicht in ihrer Macht.
- Wenn man zur Normalität zurückkehren will, muss man eben warten können – auf genug Verarmung der Leute, deren Leben sich nicht lohnt; auf eine genügende Schrumpfung der Staatstätigkeit, die zu teuer ist für die Profitabilität ihrer Gesellschaft (was sich ja gerade im Schuldenwachstum zeigt). Wann das genug ist, das entscheidet wieder niemand anderes als das Finanzkapital.
- Denn nur die ausreichende Vernichtung der überakkumulierten Werte – und alles was daran hängt – schafft den Finanzkapitalisten wieder die offene Zukunft, auf die sie sich setzen trauen, um dann wieder den Aufschwung vorzufinanzieren, in dem viele Leute billig für die Befriedigung der Zins- und Dividendenansprüche der Finanziere arbeiten dürfen.